

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M. viertel-  
jährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 12 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräun-  
straße 105 .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 24. März 1911

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Unsere Organisation seit der Kölner Generalversammlung. — Die Berufsgeoffenenkassen. — Welche Wirkungen hat ein in das Sonnenloftlein eindringender Stern? — Die Erklärung des Kriegsministeriums. — Zur Lage in Leipzig. — Erklärung. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Bücherchau. — Adressen-Änderungen. — Sterbefälle. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Abrechnung der Buchbinder-Krankenkasse.

Für die Woche vom 26. März bis 1. April ist der **13. Verbandsbeitrag** fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

## Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Beiz.** Bei zwei Firmen wurden die Forderungen bewilligt. Die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen stehen noch im Streit.

**Berlin.** Die Tapezierer stehen hier im Streit.

**Hannover.** In den hiesigen Wagenfabriken streiken die Arbeiter aller Branchen in einer Lohnbewegung.

Von allen obengenannten Orten ist der Zug streng fernzuhalten.

## Unsere Organisation seit der Kölner Generalversammlung.

P. B. In wenigen Tagen werden es zwei Jahre, wo in Köln der Beschluß auf eine Verschmelzung des Verbandes der Sattler und des Verbandes der Portefeuille gefaßt wurde. Auf dieser Tagung wurde auch beschlossen, in Zukunft die vierteljährlichen Abrechnungen der Hauptkassen aus tatsächlichen Gründen nicht mehr im Verbandsorgan zu veröffentlichen. Es gingen von da ab den Ortsverwaltungen nur eine sehr beschränkte Anzahl von Abzügen über die Quartalsabrechnungen zu, die wiederum nur von einem ganz kleinen Kreise der Mitglieder eingesehen wurden. So darf denn behauptet werden, daß unsere Mitglieder wenig über die Gestaltung unseres Verbandes unterrichtet sind. Es hat wohl jeder das Gefühl, daß es vorwärts geht, aber das Tempo ist nur wenigen bekannt. Da der Zeitpunkt der Verschmelzung mitten im Jahre lag, so war es nicht gut möglich, über 1909 einen Geschäftsbericht herauszugeben und so ist der dieser Tage im Druck erschienene Bericht über volle 2 Jahre ausgedehnt.

Die letzten Jahre vor der Verschmelzung standen unter einer gewaltigen Depression, die beiden Verbänden eine große Anzahl Mitglieder kostete. Obgleich 1909 sich genügend Zeichen einer besseren Zeit bemerkbar machten, war es nicht zu verhindern, daß die Mitgliederzahl bis zum Tage der Verschmelzung weiter sank und zwar auf 10 055 für beide Organisationen. Von diesem Tage an können wir mit einem stetigen Aufstiege rechnen, so daß die Organisation sich in diesen 1½ Jahren um 2545 Mitglieder vermehrt hat. Hauptächlich, d. h. im Verhältnis, hat die Zahl der weiblichen Mitglieder zugenommen und zwar um 45,44 Proz. Die Gesamtmitgliederzahl am 1. 1. 1911 betrug 12 600, davon 941 weibliche. Trotz dieses guten Aufschwungs bleibt doch die enorme Fluktuation zu beklagen, die sich in einzelnen Quartalen geradezu erschreckend hoch stellte. Ein Studium der Tabelle I des Geschäftsberichts zeigt uns, daß zeitweise 50—80 Proz. des Zugangs an Mitgliedern wieder verloren gingen. In den beiden Jahren hatten wir 7268 Aufnahmen zu verzeichnen, denen auf der anderen Seite ein Verlust von 4874 gegenüber steht. Wenn wir diese Ziffern auf die Fluktuation der männlichen Mitglieder beschränken, so wird das Resultat noch ein ungünstigeres. Vor allen Dingen muß berücksichtigt werden, welche eine Unsumme von Geld, Zeit und Kraft zur Erwerbung neuer Mitglieder verwandt werden muß und dürfte wohl allerseits der Wunsch bestehen, daß die Fluktuation herabgemildert würde. Unsere vornehmlich im Dienst der Agitation stehenden Funktionäre müssen sich dem Studium dieser Frage etwas mehr widmen und zu ergründen suchen, warum die Seßhaftigkeit der jungen Mitglieder eine noch so geringe ist. Trotz alledem können wir mit dem Fortschritt in der Mitgliederzahl nicht unzufrieden sein und dürfte wohl keiner der Teilnehmer der Kölner Generalversammlung diesen Aufschwung erwartet haben. Es muß davon abgesehen werden, an dieser Stelle die Resultate im einzelnen zu besprechen, insbesondere den Aufschwung in den einzelnen Gauen, was insofern schon Schwierigkeiten bereitet, als die Zusammenlegung der Gauen in dieser Zeit sich mehrfach verändert hat. Wie einzelne Städte an dem Fortschritt in der Mitgliederbewegung beteiligt sind, haben wir in dem Bericht des näheren besprochen. Allgemein gesprochen, ist ein Aufschwung auf der ganzen Linie zu verzeichnen und sind nur einzelne Eintagsfliegen verschwunden.

Dem Erfolg auf dem Gebiete des Mitgliederhandes schließt sich fast unmittelbar auch eine größere Belebung der wirtschaftlichen Fragen an. Hinzu kam noch die ungeheure Lebensmittelverteuerung, die gebieterisch die Arbeiter zur Diskussion der Frage ihrer Lebenshaltung zwang. Das erste Jahr des vorliegenden Geschäftsberichts stand noch zu sehr unter den Nachwirkungen der Geld- und Produktionskrise und konnten nur 32 Bewegungen registriert

werden, die in zwölf Fällen zum Stampf führten, davon in 6 Fällen zur Abwehr. Schon der Winter 1909 zu 1910 ließ vermuten, daß das folgende Jahr ein stampfjahr erster Ordnung für unseren Verband sein würde. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß zirka 5000 Kollegen im Tarifverhältnis standen und für das Jahr 1910 gar nicht in Frage kamen. Trotzdem hatten wir 67 Bewegungen zu führen, wobei es in 20 Fällen zum Stampf kam. Für den, der unsere Bewegungen länger verfolgt, ist es klar, daß wir selten in einem Jahre so heftige Kämpfe zu führen hatten wie im letzten. Am Vordertreffen sehen diesmal Götting und Leipzig, es folgt Heteresen, Delmenhorst und Sameln. Ueberall langwierige und hartnäckige Kämpfe. Für gewöhnlich steht Berlin an erster Stelle, sofern bei uns das Wort Stampf ausgesprochen wird. Zwar ist auch in den letzten beiden Jahren Berlin nicht von Streiks verschont geblieben. Wir erinnern nur an den Streik der Treibriemenarbeiter, der große Opfer gefordert hat. Im übrigen haben aber eine ganze Reihe von Kämpfen einen guten und schnellen Erfolg gezeitigt, so in der Militärbranche, wo es im Handstreich gelang, einen Tarifvertrag zu erreichen. In der Zahl der Bewegungen überhaupt steht Berlin allerdings an erster Stelle und kann im allgemeinen mit den gewonnenen Resultaten sehr zufrieden sein.

Gegenüber den früheren Rechenschaftsberichten bringt der vorliegende eine bessere Uebersicht über die Anteilnahme der einzelnen Branchen an den Lohnbewegungen ohne sowie mit Arbeitseinstellung. Es würde zu weit führen, alle Momente an dieser Stelle zu berücksichtigen. Erfreulich ist sicher, daß in den letzten Jahren unsere Winterbrande der Sattlerei, die Geschirrbbranche, zeigte, daß sie noch am Leben ist und in 17 Fällen an Bewegungen zumeist mit gutem Erfolg beteiligt war. Die Militäressektorenbranche kann in bezug auf ihre Errungenschaften auf ein sehr gutes Jahr zurückblicken und insbesondere auf dem Gebiete der Lohnhöhungen, wo einzelne glänzende Resultate durch die Schloßfertigkeit erzielt wurden. Die Lederverwarenbranche hatte die schwersten, oben schon näher bezeichneten Kämpfe zu bestehen, war aber auch außerdem in diesen zwei Jahren in eine ganze Reihe von Bewegungen verwickelt. Von den 99 Bewegungen der Berichtsperiode entfallen allein 31 auf die Lederverwarenindustrie, wobei insgesamt 139 Betriebe mit 2454 Beschäftigten berührt wurden. Bezeichnend für die Heftigkeit dieser Kämpfe ist ferner, daß von der Gesamtsumme von 62 888 M., welche für Streiks und Lohnbewegungen in den beiden Jahren ausgegeben wurden, allein 48 236 M. auf diese Industrie entfallen. Recht schwierig gestalteten sich die wirtschaftlichen Kämpfe in der Wagenbranche, wo wir sehr häufig durch die Entwicklung zum Automobilismus mit dem Großkapital zu rechnen hatten. Die Erfolge wären

vielleicht andere wenn derartige Bewegungen besser vorbereitet werden könnten was dadurch 5-6 Organisationen immer in Frage kommen sehr häufig erwidert wird. In der Zeit der Kriege war in der verfallenen Periode, um sehr vieles Leben zu verzeichnen und neben einigen Rückschlüssen ganz annehmbare Erfolge erzielt werden. Eine Reihe anderer Brände die wir immer unter „Sonnenschein“ führen, können gleichfalls am ein gutes Jahr zurückblicken.

Unseren Agitatoren ist sehr zu empfehlen, den vorliegenden Bericht auf seine Einzelresultate zu prüfen, wobei sie sehr gutes Material finden werden. So sind besonders die Fortschritte in der Arbeitszeiterfüllung und auch in den wöchentlichen Lohnbewegungen ganz besonders zu berücksichtigen, ferner die Bezahlung der Zuschläge für Überstunden usw. Der § 2 unseres Verbandsstatuts handelt über den Zweck unserer Organisation und da heißt es an erster Stelle: „Die Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Stellen wir nun die Frage: „Ist unser Verband dieser seiner vornehmsten Aufgabe gerecht geworden?“, so können wir mit einem vollen Ja antworten, worüber wir volle Genugtuung empfinden.

Zur Kassengebarung haben wir nicht viel zu sagen. Die Beitragszahlung ist eine reguläre und wurden in einer ganzen Reihe von Verwaltungen über 12 Wochenbeiträge pro Quartal erzielt, trotzdem wir jetzt im Falle der Arbeitslosigkeit und Krankheit keine Beiträge erheben. Die Profopfennahme betrug im letzten Jahre 23,95 Mk., der eine Profopfenausgabe von 20,86 Mk. gegenübersteht. In der Ausgabe steht die Erwerbslosenunterstützung an erster Stelle, ist allerdings im letzten Jahr um 8000 Mark zurückgegangen, wogegen die Streifenunterstützung von 7140 Mk. auf 52167 Mk. stieg. In den beiden Jahren hatten wir eine Mehreinnahme von 55 000 M., trotz der enormen Kosten für die Lohnbewegungen und der Ausgaben, welche die Umwälzung mit sich gebracht hat. Wenn auch die Steigerung des Verbandsvermögens als befriedigend bezeichnet werden kann, so wird aber doch eine Finanzreform den Münchener Verbandstag zu beschäftigen haben. Heute mehr an dieser Stelle darüber zu sagen, wäre verfrüht.

Die Durchführung der Verbandsratsbeschlüsse, betreffend das wöchentliche Erscheinen der „Sattler- und Portefeuille-Ztg.“, die Herausgabe der Fachbeilage und die Gründung der Jugend- und Lehrlingsabteilung, hat sich

sehr gut bewahrt und sind erfreuliche Resultate bis heute zu verzeichnen. So dürfen wir mit Bestimmtheit auf die beiden letzten Jahre zurückblicken. Zwei Jahre dieser Arbeit, zwei Jahre guter Ernte.

Im neuen Jahre ist die Organisation vor große Aufgaben gestellt und wird jetzt erst der Notwendigkeit der Verschmelzung beider Verbände der richtige Stempel aufgedrückt werden. Vor einigen Wochen wurde die Kollegenchaft bereits durch einen Aufruf davon unterrichtet, daß die Hälfte unserer Mitglieder in diesem Jahre in einer Tarifbewegung steht. Der alte Abschluß der beiden letzten Jahre, die überaus günstigen Erfolge geben aber den besten Reklamationsboden für diese große Bewegung ab. Wenn diese Zeiten eintreten, ist bereits in den drei Orten: Berlin, Offenbach und Stuttgart der erste Schritt getan und der Tarif gekündigt. Die nächsten Wochen werden uns mehr darüber bringen.

Ferner steht die Kollegenchaft vor einer sehr wichtigen Frage und dieses ist die statistische Erhebung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Auch hier haben wir diese größte Vertrauen zu unserer Mitgliedschaft, daß diese Arbeit eine allumfassende wird, um bei den Lohnbewegungen der kommenden Zeit den Unternehmern mit gutem Material aufwarten zu können.

Ehe sich das laufende Jahr neigt, werden unsere Kollegen in voller Tätigkeit bei den Vorarbeiten zur Münchener Generalversammlung sein.

So wird das laufende Jahr an die Kollegenchaft große Anforderungen richten, insbesondere an unsere Funktionäre. Die Werbearbeit der beiden letzten Jahre muß ungeschwächt fortgesetzt werden. Daß wir noch mehr leisten können, steht außer allem Zweifel, und jedem Mitgliede, das gern an dem Aufbau unserer Organisation mitarbeiten will, wird ein reichliches Arbeitsfeld geboten. Vor allen Dingen richten wir das Wort an diejenigen Kollegen, die das Zeug in sich haben, agitatorisch wirken zu können. Überall gibt es in den Ortsverwaltungen einzelne tüchtige Kräfte, die sich durch irgend welche Gründe im Hintergrund halten. Wollen wir eine jederzeit schlagfertige Organisation sein, so muß alles auf dem richtigen Fleck sein, denn ein altes Sprichwort sagt:

„Sonne verpflichtet!“

**Welche Wirkungen hat ein in das Sonnensystem eindringender Stern?**

(Nachdruck verboten.)

Der Fall ist denkbar, daß ein Stern aus dem Weltall kommend seinen Weg mitten durch das Sonnensystem nimmt. Wir wissen, daß sich alle Sterne bewegen. Jeder der tausende Sterne, die wir schon mit blohem Auge am Firmamente wahrnehmen, bewegt sich. Und wenn wir mit unseren größten Teleskopen Hunderte von Millionen Sterne sehen, dann bewegen sich auch die alle. Bis hier haben wir in diesen Bewegungen noch keinen festen Plan erkennen können, alles scheint sich durcheinander zu bewegen. Man denke sich nun den Fall, daß von diesen Sternen welche auseinandergeraten, auf die Sonne angewandt. Dann ist es natürlich mit unserem Erdenleben aus. Wird uns die Sonne genommen, so sind wir bankrott. Und ein Zusammenstoß der Sonne mit einem anderen Sterne entzieht uns die Sonne, oder wir bekommen eine größere Sonne, deren gewaltige Strahlung wir nicht ertragen können oder die ganze Herrlichkeit löst sich in einen gewaltigen Nebel auf.

Ist es nun wahrscheinlich, daß dieser Fall eintritt? Bei den ungeheuren Geschwindigkeiten, die wir an den Sternen beobachten, die bis in die Hunderte von Millionen in jeder einzigen Sekunde gehen, kann sich ein Fall sehr wohl ereignen. Er tritt auch mitunter ein. Das plötzliche Aufleuchten neuer Sterne bezieht uns, daß an jenen Stellen des Himmels eine solche Katastrophe eingetreten ist. Oft kennt man an diesen Stellen des Himmels vor dem Ausblitzen keine Sterne. Erschlossene Sonnen oder nur ganz schwach leuchtende haben sich da miteinander vereinigt, und der Zusammenstoß macht eine so ungeheure Menge Wärme frei, daß sich die ganze Masse zur Weißglut erhitze.

Das Ausblitzen neuer Sterne ist nicht selten.

Zorgfältigere Durchforschung des Himmels dürfte es öfter zeigen als wir es bisher beobachtet haben. Daß es nicht noch öfter vorkommt, nimmt aber bei den Riesengeschwindigkeiten Wunder. Wie kommt das. Ist die Gefahr des Zusammenstoßes in Wirklichkeit doch nicht so groß? Rechnen wir einmal nach.

Wir wissen, daß der uns nächste Fixstern die Entfernung von rund 250 000 Sonnenweiten hat. Als Sonneneinheit bezeichnet man die mittlere Entfernung der Erde von der Sonne, und das sind 149 500 000 Kilometer. Setzt man rund 150 000 000 Kilometer, so ergibt sich für den uns nächsten Stern 37 1/2 Billionen Kilometer (37 500 000 000 000). Unser Schätzungs- und Vorstellungsvermögen vermindert schon bei der Entfernung weniger Kilometer; unter 37 1/2 Billionen Kilometer kann man sich vollends gar nichts mehr vorstellen. Es ist nur eine Zahl, die uns angibt, in welche Größenordnungen wir bei den Fixsternentfernungen geraten. Um diese Entfernung noch etwas anders zu beleuchten und zugleich ein weiteres Maß einzuführen, mit dem man in der Astronomie zu rechnen pflegt, wollen wir die Entfernung der Sterne in sogenannten Lichtjahren ausdrücken.

Wenn irgendwo ein Hündchen ausblitzt, so sehen wir das im Momente des Ausblitzens. Wir sehen davon ab, daß wir zur Wahrnehmung einer gewissen kleinen Zeit bedürfen, die von der Reaktionsgeschwindigkeit des einzelnen abhängt. Und doch sehen wir dieses Hündchen nicht im Momente des Ausblitzens, sondern etwas später, weil eben auch der Lichtstrahl, der in unser Auge dringt, eine gewisse Zeit braucht, um den Weg vom Hündchen am Orte des Aufleuchtens zu unserem Auge zurückzuliegen. Zu geringe Entfernung ist diese Zeit fast unmerkbar klein. Für größere Entfernungen, wie sie in der Himmelskunde vorkommen, ist sie aber nicht mehr zu vernachlässigen. Messungen aus sinnreichen physikalischen Methoden haben ergeben, daß die Fort-

**Die Berufsgenossenschaften 1909.**

Die vom Reichsversicherungsamt zusammengestellten Rechnungsergebnisse über die Berufsgenossenschaften für das Jahr 1909 sind vor kurzem durch die amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Zur Durchführung der reichsgerichtlichen Unfallversicherung befinden im Berichtsjahr 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 Versicherungsanstalten, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 210 staatliche und 335 Provinzial- und Kommunalauflaufsbehörden.

Die 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften umfaßten 322 Sektionen mit 715 933 Betrieben und 1003 008 durchschnittlich versicherten Personen; in den 48 land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften waren 694 Sektionen mit 5 434 100 Betrieben und 17 170 000 versicherten Personen vertreten, die Reichs-, Staats-, Provinzial- und Kommunalauflaufsbehörden umfaßten 984 587 versicherte Personen. Die Gesamtzahl der versicherten Personen belief sich im Berichtsjahr auf 27,167 Millionen gegen 26,974 Millionen im Jahre 1908; das bedeutet eine Zunahme von 1,993 Millionen. Von der Bevölkerung des Reiches ist nunmehr ungefähr die Hälfte gegen Unfall versichert.

Das Geschäftsbureau und Beamtenpersonal sämtlicher Berufsgenossenschaften zählte 4743 Köpfe. Ferner sind für die Berufsgenossenschaften 1161 Mitglieder der Genossenschaftsvorstände, 6844 Mitglieder der Sektionsvorstände und 27 800 Vertrauensmänner tätig. Die Arbeiter haben betamlich in den Berufsgenossenschaften „nichts zu sagen“, es handelt sich bei diesen Zahlen fast ausschließlich um Unternehmer, die sich, nebenbei bemerkt, in den Berufsgenossenschaften eine beachtenswerte Organisation geschaffen haben.

Unter den Beamten befanden sich 363 technische Aufsichtsbeamte, wovon 327 auf die gewerblichen, 36 auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften entfallen. Auf einen Aufsichtsbeamten kommen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 2188, bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 150 047 Betriebe. Bei den letzteren ist es klar, daß diese sicherlich winzige Zahl von Kontrollbeamten nichts ansurichten vermag, aber auch bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften ist nicht daran zu denken, daß in jedem Betrieb jährlich auch nur einmal eine Revision vorgenommen werden kann, von einer wiederholten Besichtigung ganz zu schweigen, obwohl eine solche in sehr vielen Betrieben äußert notwendig wäre.

Der geringen Kontrolle der Betriebe ist es zum großen Teil zuzuschreiben, daß die Unfallzahlen von

pflanzungsgeschwindigkeit in einer Sekunde 300 000 Kilometer beträgt. Der Mond ist von der Erde im Mittel 385 000 Kilometer weit. Nicht dort also ein Licht auf, so werden wir es auf der Erde erst nach über einer Sekunde sehen. Die Sonne ist 145 500 000 Kilometer weit von uns entfernt; blüht dort eine Protuberanz auf, so sehen wir sie erst nach 149 500 000 : 300 000 = rund 500 Sekunden oder gut 8 Minuten.

Bevor das Licht aber von dem uns nächsten Fixstern -- dem Alpha im Sternbilde des Kentaurus -- bis zu unserer Erde gelangt, dauert es Jahre! Denn wenn das Licht in einer Sekunde die Wegstrecke von 300 000 Kilometer zurücklegt, so legt es in einem Jahr, das 365 x 24 x 60 x 60 = 31 536 000 Sekunden hat, 31 536 000 x 300 000 = 9 460 800 000 000, rund 9 1/2 Billionen Kilometer zurück. Der uns nächste Fixstern ist aber 37 1/2 Billionen Kilometer entfernt, also etwa viermal so weit, so daß das Licht von ihm etwa 4 Jahre unterwegs ist, um zu uns zu gelangen. Würde der Stern jetzt plötzlich erlöschen, so würden wir ihn noch 4 Jahre lang sehen, denn erst in 4 Jahren würde der letzte noch von ihm ausgehende Lichtstrahl unser Auge treffen. Die Strecke, welche ein Lichtjahr in einem Jahre zu bewältigen vermag, eben jene 9 1/2 Billionen Kilometer, nennt man Lichtjahr.

Wir finden nun, daß diese nahen Sterne überaus selten sind. Nur fünf Sterne sind weniger als 10 Lichtjahre von uns entfernt, 39 Sterne sind weniger als 50 Lichtjahre von uns ab. Das erste nächste! Die Gefahr des Zusammenstoßes scheint also nicht sehr groß; sie wird durch die unvorstellbar großen Entfernungen der einzelnen Sterne von einander beschworen. Aber dennoch ist sie vorhanden. Wie groß ist sie aber? Das kann man einigermaßen in Zahlen fassen. Rechnen wir einmal aus, wann die Sonne mit dem uns nächsten Sterne zusammenstoßen würde, wenn sie direkt auf ihn zu-



Jahr zu Jahr steigen und im Berichtsjahr einen erschreckend hohen Umfang angenommen haben. Die Zahl der im Jahre 1909 überhaupt zur Anmeldung gelangten Unfälle betrug 664 247 gegen 662 321 im Jahre 1908. Die Zahl der Unfälle, für die zum ersten Male eine Entschädigung gezahlt wurde, betrug 139 070 gegen 142 065 im Jahre 1908, darunter befanden sich 9363 Unfälle (9856) mit tödlichem Ausgang. Der Rückgang der tödlichen Unfälle ist eine erfreuliche Tatsache, die wir gerne registrieren. Bei dem Rückgang in der Zahl der entschädigten Unfälle haben wir leider keinen Grund zu der Annahme, daß dieser Rückgang auf Kosten der leichteren Unfälle eingetreten ist. Wir heben hier vielmehr vor einem Ausfluß der sich immer mehr einbürgernden Praxis der Versicherungsträger, den Verletzten eine Entschädigung nur zu geben, wenn es sich gar nicht mehr umgehen läßt.

Die tödlich Verletzten Personen hinterließen 19 967 entschädigungsberichtigte Angehörige, wovon 6372 Witwen, 13 288 Kinder und Enkel und 307 Verwandte aufzuziehender Art. Die Unfallhäufigkeit ist natürlich auf die einzelnen Gewerbe sehr verschieden verteilt. Ebenan steht die Fuhrwerksberufsgenossenschaft mit 19,96 Verletzten auf 1000 Vollarbeiter, an zweiter Stelle steht die Steinbruchberufsgenossenschaft mit 15,83 Unfällen pro 1000 Vollarbeiter, in den Bergwerken passierten 15,38, beim Tiefbau 15,44, in der Mülerei 14,20 Unfälle pro 1000 „Vollarbeiter“. Relativ die wenigsten Unfälle kamen vor im Tabakgewerbe, im Kesseltischgewerbe, in der Textilindustrie und im Buchdruckgewerbe.

Hand in Hand mit der stetigen Steigerung der Unfälle geht eine Steigerung der an die Verletzten zu zahlenden Entschädigungsbeträge. Die Gesamtsumme der gezahlten Entschädigungen belief sich im Berichtsjahr auf 161,33 Millionen Mark gegen 157,06 Millionen Mark im Jahre 1908. Als Folge der steigenden Unfallzahlen ist auch eine ständige Steigerung der ohnehin sehr hohen Verwaltungskosten in den Berufsgenossenschaften zu verzeichnen. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften hatten im Berichtsjahr rund 11 Millionen Mark Verwaltungskosten. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften betragen die laufenden Verwaltungskosten 3,89 Millionen Mark. In der Höhe der Verwaltungskosten bestehen bei einzelnen Berufsgenossenschaften große Differenzen, da diese Ausgaben nicht nur von der Zahl der versicherten Betriebe und Personen, sondern auch von der Unfallgefährlichkeit des betreffenden Berufszweiges, der räumlichen Ausdehnung der Berufsgenossenschaft usw. abhängt. Relativ die höchsten Verwaltungskosten haben die Berufsgenossenschaften der Schornsteinfeger, der

Müller, der Samenindustrie, am geringsten sind die Verwaltungskosten in den Berufsgenossenschaften für die Tabak- und Textilindustrie. Das Kapitel Verwaltungskosten verdient namentlich deshalb Beachtung, weil es beweist, daß die Unternehmer weit teurer wirtschaften als die Arbeiter. Wenn wir von obigen besonderen Verhältnissen absehen und den Durchschnittssatz betrachten, finden wir, daß bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf einen Vollarbeiter 1,39 Mk. und auf einen Versicherten 1,23 Mk. Verwaltungskosten kommen. Dabei sind die Ausgaben für Unfalluntersuchung, Entschädigungsentscheidung, Schiedsgerichte und Unfallversicherung in dem Posten nicht enthalten. So teuer arbeiten z. B. die Arbeiter in den Krankenkassen selbst bei der Zersplitterung und Dezentralisation dieses Versicherungszweiges bei weitem nicht. Bei den Krankenkassen enthält der Kosten Verwaltungsausgaben alle mit der Verwaltung zusammenhängenden Aufwendungen, die nicht Entschädigungs- oder Ersatzleistungen betreffen, und beträgt trotzdem im Jahre 1909 nur 1,54 Mk.

Heber die Vorgänge und Gegenstände, bei denen sich die Unfälle ereigneten, geben wir eine Aufstellung, die die im Berichtsjahr entschädigten Unfälle in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften enthält. Es kamen Unfälle vor durch:

Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen	15 290
Schleppmaschinen, Aufzüge, Kranen	3 162
Dampfessel, Dampfleitungen	210
Sprengstoffe	621
Feuergefährliche, heiße und ätzende Stoffe	3 118
Zusammenbruch, Einsturz, Sturz- und Umfallen von Gegenständen	15 152
Fall von Leitern, Treppen und Vertiefungen	28 866
Auf- und Abladen von Gegenständen	15 381
Eisenbahn- und Schiffsverkehr	1 512
Tiere (Biß, Stoß, Schlag)	9 868
Handwerkzeuge und sonstige Vorgänge	17 336
Fuhrwerksverkehr	15 908

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften überwiegen die Unfälle an Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen; durch Zusammenbruch, Einsturz, Sturz- und Umfallen von Gegenständen, Fall von Leitern, Treppen und beim Auf- und Abladen von Gegenständen. In den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften überwiegen das Fallen in Vertiefungen, Lufen usw. alle anderen Vorkommnisse, ein hoher Prozentsatz der Unfälle passiert auch im Fuhrwerksverkehr und durch Biß, Stoß oder Schlag von Tieren. Mit einer Statistik der Unfallursachen hat obige Zusammenstellung nichts zu tun und die Unternehmer geben einer solchen Statistik auch weit aus dem Wege, weil sie beweisen würde, wie groß das Konto der Unfälle ist, die auf mangelnde oder

ungenügende Schutzvorrichtungen zurückzuführen sind.

Der Aufwand für die Heberwachung der Betriebe belief sich bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Berichtsjahr auf 1,96 Millionen Mark. Für Unfalluntersuchungen wurden dagegen 5,26 Millionen Mark aufgewendet. Für Entschädigungen an Verletzte mußten 146,3 Millionen Mark ausgegeben werden. Eine verkehrte Welt! Anstatt für die Heberwachung der Betriebe einige weitere Millionen zu opfern und damit die anderen Ausgaben um viele Millionen herabzumindern, macht man im alten Weise weiter und jammert dafür über das „Steigen der Laster“.

Ueber die gesamte Finanzgebarung der 114 Berufsgenossenschaften orientieren folgende Zahlen. Die Gesamteinnahmen betragen 208,67 Millionen Mark, die Gesamtausgaben 187,79 Millionen Mark. Davon entfallen auf Entschädigungen 146,3 Millionen Mark, auf Kosten der Fürsorge für Verletzte innerhalb der Portefeuille 6,92 Millionen Mark, auf Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen 5,39 Millionen Mark, auf Kosten des Rechtsgangs 2,62 Millionen Mark, auf Kosten der Unfallverhütung 2,09 Millionen Mark, auf laufende Verwaltungskosten 14,90 Millionen Mark, auf sonstige Ausgaben 1,4 Millionen Mark und auf Einlagen in den Reservefonds 14,06 Millionen Mark.

Die Reform der Arbeiterversicherung, die für gläubige Gemüter dieses Frühjahr noch kommen soll, bringt für die Unfallversicherung sehr wenig Neues und vor allem sehr wenig Gutes. Die Arbeiter sollen nach dem vorliegenden Entwurf von der Verwaltung der Berufsgenossenschaften nach wie vor ausgeschlossen sein, der beabsichtigten Festsetzung eines Teiles der Renten „auf Zeit“ bringen wir äußerste Bedenken entgegen. Die Festsetzung des Jahresarbeitsverdienstes soll zum Nachteil der Versicherten eine Verringerung erfahren; die beabsichtigte Neuregelung des Rechtsverfahrens würde eine erhebliche Verschlechterung mit sich bringen. Für solche „Reformen“ bedanken wir uns. Wenn wirklich ernstlich eine Besserung der Unfallversicherung angestrebt wird, dann kann diese nur darauf basieren, daß die Versicherten zur Mitarbeit herangezogen werden. Die Unfallversicherung framt im wesentlichen an der Ausschaltung der Personen, die das meiste Interesse und das meiste Recht an der Betätigung in diesem Versicherungszweig haben. Erst wenn die Arbeiter angezogen werden, wird ein wahrhaft sozialer Zug in die Unfallversicherung kommen, wird sie den Zwecken dienen, denen sie in Wirklichkeit dienen soll.

eiste. Alpha Centauri ist von uns 37 1/2 Billionen Kilometer entfernt. Die Sonne eilt sekundlich 20 Kilometer weiter, würde diesen Stern also in 37 500 000 000 000 : 20 = 1 875 000 000 000 Sekunden erreicht haben. Ein Jahr hat rund 31,6 Millionen Sekunden, also würde die Sonne nach 1 875 000 000 000 : 31 536 000 = rund 60 000 Jahren mit Alpha Centauri zusammenstoßen.

Nun eilt aber die Sonne gar nicht auf diesen Stern zu. Wir wissen auch nicht, ob sie genau auf irgend einen Stern hinstreift. Wenn wir daher ausrechnen wollen, wann sie wohl wahrscheinlich mit einem anderen Sterne zusammenstoßen würde, so müssen wir uns auf Durchschnittswerte verlassen. Der berühmte schwedische Physiko-Chemiker Svante Arrhenius hat solche Rechnung ausgeführt und gefunden, daß der wahrscheinliche Zusammenstoß der Sonne mit einem leuchtenden Sterne in etwa 100 000 Billionen Jahren zu erwarten steht. Da es nun aber sehr viel mehr erloschene Sterne gibt als leuchtende — Arrhenius rechnet 10mal so viel — so vermindert sich diese Zahl auf ein Hundertstel, und das sind 1000 Billionen Jahre. Dieser Zeitraum ist aber so ungeheuer groß, daß wir nicht mit ihm zu rechnen brauchen, denn solange leuchtet unsere Sonne gar nicht. Sie verliert schon lange vorher ihre Strahlung und entzieht uns damit die Lebensbedingungen.

Den Zusammenstoß haben wir also nicht zu fürchten. Wie aber, wenn der Stern in unser Sonnensystem eindringt, ohne die Sonne zu treffen, wohl aber Planeten anstößt oder sie aus ihren Bahnen reißt und ihnen so dauernde Bahnstörungen bereitet, daß das Leben auf ihnen gefährdet wird? Gelangt ein Stern in die Nähe eines anderen mit einem System von Körpern, wie etwa das Sonnensystem darstellt, so ist ganz gewiß, daß durch die Anziehungskräfte ganz gewaltige Veränderungen herbeigeführt werden können. Im Falle

des Sonnensystems würden schon ganz riesige Störungen der äußeren Planeten eintreten, wenn ein großer Stern sich der Sonne auch nur auf Neptunentfernung nähern würde. Die Größe der zu gewärtigenden Umgestaltungen hängt ganz ab von der Größe des eindringenden Sternes, weil sich danach auch die Anziehungswirkungen richten.

An einem praktischen Beispiel ist der Fall von W. Ebert untersucht worden. Er nimmt einen Stern an, der ebensogroß ist wie die Sonne und sich mit der Geschwindigkeit von 447 Kilometer in der Sekunde nähert. Er geht in der Entfernung 1,26 von der Sonne (Entfernung Erde — Sonne = 1) in fast gerader Linie durch das System hindurch. Bei der von Ebert ins Auge gefaßten Konstellation würde ein Planet in der Sonnenentfernung 1,2 völlig aus dem Verbands des Systems gerissen werden können. Er würde dann keiner der beiden Sonnen folgen, sondern in einer fast geradlinigen Bahn in den Weltraum hinausgeschleudert werden. Andererseits würde dann die Venus nur eine Verzögerung ihrer Bahngeschwindigkeit erfahren und ihre Umlaufzeit würde sich um eine Woche vergrößern. Seht man die Anfangsbedingungen anders voraus, so kann der Verlauf auch ganz anders werden. Einige Planeten können in Bahnen geworfen werden, die ganz langgestreckte Ellipsen sind usw.

Alle möglichen Fälle zu untersuchen ist ja nicht gut möglich, weil ihre Zahl zu groß ist. Es zeigt sich, daß das Sonnensystem wohl den Verlust einiger Planeten auf diesem Wege erfahren kann. Wird ein Planet so in die Unendlichkeit hinausgeschleudert, so ist natürlich das Schicksal des Lebens auf ihm besiegelt. Die wärmende Sonne fehlt und nach kurzer Zeit würde es untergehen, aus Mangel an Wärme und Licht. Aber schon die Verringerung der Bahn von einer nahezu kreisförmigen, wie sie ja alle Planeten haben, in eine langgestreckte Ellipse würde genügen, um den Bestand des Lebens auf dem betroffenen

Weltkörper unmöglich zu machen. Wenn ein Planet die Bahn des Halleyschen Kometen durchfliegen würde, dann bewegte er sich nur während kurzer Zeit in der lebenserhaltenden Sphäre der Sonne, während er den größten Teil seiner Bahn im kalten Weltraum zurücklegen muß, wo der Wärmestrom von dem Glutkugel der Sonne nur noch unmerklich ist. Auch da ist an den Bestand des Lebens zum mindesten in den höheren Formen nicht zu denken.

Es wäre vielleicht möglich, daß die Annäherung eines großen Sterns an die Erde Flutberge des Meeres hervorrufen könnte, die einen Teil des Erdenlebens zerstören würden. Hat der Stern die Größe der Sonne, so müßte er allerdings erheblich näher kommen, als diese uns ist, wenn die Flutberge die gehörige Höhe erreichen sollten. Dann wäre aber auch mechanisch das Verleben der Erde im Verbands des Sonnensystems in Frage gestellt.

Liegt nun für das Sonnensystem die Wahrscheinlichkeit nahe, daß ein Stern in dasselbe eindringt? Zwar können uns erloschene Sonnen viel näher stehen als wir vielleicht denken, aber die Annäherung eines solchen Körpers müßte sich durch die Störungen betrauen, die er auf die großen Planeten ausübt. Die Astronomen würden an der geringsten Veränderung der Bahnen erkennen, was los ist, und den selbst unsichtbaren Eindringling voraussehen. Schon Jahrtausende vorher würde dieser Stern durch seine Anziehungskräfte sein Vorhandensein verraten. Wir könnten zwar das vorherzusagende Ergebnis seines Wirkens nicht abwenden, wir wüßten es aber. Bisher ist von einer derartigen Störung nichts bekannt, und so fällt diese Möglichkeit, welche die Existenz des Erdenlebens bedrohen könnte, aus unserer menschlichen Berechnung heraus.

N. Pinte.

„Die Verfügung des Kriegsministeriums betreffs Maschinenahrt, deren Mißbrauch durch die Fabrikanten und unsere Stellungnahme“

laute das Thema, über welches ich im Austrage der Tariffommision der Militärsattler in einer Anzahl Versammlungen von Fabrikationsorten unserer Branche sprach. Diese Verfügung gibt die Maschinenahrt für alle Arbeiter frei, stellt jedoch die Bedingung, daß daselbe Rohmaterial verwandt und dieselbe Haltbarkeit wie bei der Handnabt gewährt sein muß. Nun müßte nach dem Wortlaut wie auch dem Sinn dieser Verfügung für jeden Nachfahnder die Ausübung der Maschine fast unmöglich sein, denn bis jetzt gibt es noch keine Maschine, welche daselbe Rohmaterial verarbeitet und deren Nabr daselbe Haltbarkeit wie Handnabt aufzuweisen hätte. Den Fabrikanten scheint jedoch die Haltbarkeit der Fertigprodukte wenig vornehmlicher zu machen, für sie gilt als Grundgesetz: Alles, was die Maschine imstande ist zu machen, wird damit ausgeführt. An der Hand einer Reihe von Bestimmungen über die Art der Ausführung von Nähten, um deren Haltbarkeit zu erhöhen und das Leder zu schonen, kann den Fabrikanten nachgeholfen werden, daß sie die Verfügung zum Schaden der Seereserveaufstellung missbrauchen. Den Arbeitern kann es gleichgültig sein, wenn die Haltbarkeit den Anforderungen an Haltbarkeit nicht mehr genügt, es ist Sache der Werkleitung, das Material und die Haltbarkeit zu prüfen und schließlich dem Mißbrauch zu wehren. Etwas anderes genügt jedoch die Arbeiter, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, und das sind die Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der aufgeklärte Arbeiter wehrt sich nicht gegen die Anwendung der Maschinen, er verlangt jedoch, daß der Ertrag derselben wenigstens zum Teil auch ihm zugute komme und zwar in der Form von Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Die Maschine nimmt ein gut Teil der Arbeit weg und dorthin muß, um die in der Branche zumest vorherrschende Arbeitslosigkeit nicht noch mehr zu erhöhen, ein Ausgleich durch Verkürzung der Arbeitszeit vor sich gehen, namentlich in den Fabrikationsorten, wo die tägliche Arbeitszeit noch immer mehr als 11 Stunden beträgt. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Löhne wird schon dadurch bedingt, daß die Maschine nur die am leichtesten auszuführenden Arbeiten wegnimmt, dem Arbeiter nur den schwerer auszuführenden Teil der Arbeit überläßt und ihn zu größerer physischer Anstrengung zwingt. Die Lohnerhöhung kann dadurch erreicht werden, daß nicht der ganze Betrag für die von der Maschine geleistete Arbeit in Abzug gebracht wird, sondern nur 2/3 desselben.

Die Herren Fabrikanten wollen jedoch die materiellen Vorteile, die die Anwendung der Maschine mit sich bringt, nur ganz allein ihrem eigenen Wohlstand zuführen, denn sie haben für die von der Maschine ausgeführten Nähte Abzüge in Ansatz gebracht, die weit höher sind, als die tatsächliche Arbeitsersparnis ausmacht, so daß neben der Verringerung der Arbeitsbedingungen auch noch eine Lohnreduktion zu konstatieren war, leider fanden die Fabrikanten bei der großen Arbeitslosigkeit, welche in diesem Winter in unserer Branche herrschte, nicht den nötigen Widerstand, jedoch die jetzt einsetzende bessere Konjunktur wird die Fabrikanten bald eines anderen belehren. Diese Ausführungen fanden allgemeine Zustimmung und allerorts wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die vornehmsten Militärsattler erklären sich mit den Ausführungen des Kollegen Nieder einverstanden. Sie beschließen, daß allerorts gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, hervorgerufen durch die Verfügung des Kriegsministeriums betr. Maschinenahrt, der angezeigte Widerstand entgegenzusetzen und beauftragen die Tariffommision der Militärsattler Deutschlands, das Kriegsministerium und die Werkleitung auf den Mißbrauch der Verfügung sowie der Fabrikanten aufmerksam zu machen.

Eilen, wohin mich mein Weg zuerit führte, kommt mir die Militärartefaktfabrikanten in Betracht, als hier nur ausländische Kommissionen zur Ausführung kommen, trotzdem verfolgen die dortigen Kollegen diese Angelegenheit mit großem Interesse, was der gute Bekanntheitsgrad und die rege Diskussion beweist.

Eberfeld, der emigrierte Hauptling der Militärartefaktindustrie, hatte auch eine sehr gut besuchte Versammlung aufzuweisen. Die in der Diskussion gemachten Angaben über die vermehrte Anwendung der Maschine ergaben, daß Eberfeld vorangeht, die Haltbarkeit der Ausschließungsgegenstände für den Kriegseinsatz möglichst herabzusetzen. Wenn die Eberfeld-Fabrikanten glauben, durch diese Praktiken konkurrenzfähiger zu werden, um den alten Glanz des Wappentales neu erstahlen zu lassen,

so haben sie wohl jedenfalls das schlechteste Mittel gewählt, denn das Kriegsministerium muß trotz aller Sparfamkeit im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres immer den Vorrat den Vorrat geben.

In Wülheim a. Ruhr ist nur ein Betrieb vorhanden, bis jetzt ist noch keine Maschinenahrt eingeführt und soll auch später nur in beschränktem Umfang geschehen.

Dieselbe gilt auch von Marjerslautern, dort sitzt ein Stamm tüchtiger Kollegen, welcher sich gegen Verschlechterungen schon zu wehren wissen wird.

Angünstiger liegen die Verhältnisse in Ströburg, E. wo 3 Betriebe in Betracht kommen, von denen der größte, die Firma K. Hansen, die schlechtesten Verhältnisse aufzuweisen hat. Die Kollegen arbeiten bei dieser Firma zumest als Demararbeiter, dierhalb konnte es sich Herr Hansen auch gestatten, außer viel zu hohen Abzügen für Maschinenahrt an seinen Demararbeitern noch die Zustimmung zu geben, die Formier, weil sie angeblich auf Vorrat waren, 25 Pf. unter dem üblichen Preise anzufertigen, daß die Kollegen dieses Angebot angenommen haben, darüber haben wir mit ihnen abzuhandeln, daß jedoch Herr Hansen die Not und Arbeitslosigkeit derart ausnützt, darüber überlassen wir der Öffentlichkeit das Urteil.

In Marlsruhe sind auch schon Versuche mit Maschinenahrt gemacht worden, die jedoch noch zu unbedeutendem Resultat geführt haben, neuerdings versucht der dortige Fabrikant, Herr Stück, einen großen Teil seiner Arbeiter bei den Landwehriern unterzubringen; selbstverständlich nur des Profites halber, denn dieselben müssen billiger arbeiten als die in der Fabrik beschäftigten Gesellen. Aber dem kleinen Handwerksmeister muß geholfen werden und zwar von Staats wegen und dorthin wird das Kriegsministerium nichts dagegen einzulegen haben, daß diese Arbeiter zum Segen des Kapitals durch Militärarbeit ausbeutet werden.

Am a. D., wohin ich mich nun wandle, hatte seine Hochkonjunktur hinter sich, trotzdem arbeiteten noch über 40 Kollegen auf Militärarbeit, Maschinenahrt ist noch nicht eingeführt, die Kündigung des bestehenden Tarifvertrages wurde beschlossen und allseits der Wunsch ausgesprochen, daß beim Abschluß des neuen Vertrages die Tariffommision die Verhandlungen leiten solle.

In München konnten nur 2 kleine Privatbetriebe in Betracht, meine Hauptaufgabe war, die Verhältnisse der dortigen königlichen Artilleriewerkstatt kennen zu lernen und den Münchener Kollegen die Verhältnisse in der Spandauer Werkstatt klarzustellen. Auch dieses wird seine Früchte zeitigen, wenigstens soweit, wie es München anbetrifft, dort sind die Kollegen zum großen Teil in unserem Verbande organisiert und sind es werden es verstehen, das Gute von Spandau für sich in Anspruch zu nehmen und auch bei der Direktion durchzusehen, aber ob es den Spandauer Kollegen in ihrem Indifferentismus möglich sein wird, das Weisere von München ihren Interessen nutzbar zu machen, muß vorläufig noch bezweifelt werden.

Nun, Kollegen, diese Tour diente zu Informationszwecken, zum einheitlichen Handeln in der Umwehr von Verschlechterungen, die bei Einführung von Maschinenahrt uns zuzumuten werden. Wenn die Kollegen allerorts ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, und die jetzige Konjunktur ihr dazu gestattet, so wird die Fretgabe der Maschinenahrt keine Schädigung unserer Interessen in Gefolge haben können, sondern nur Vorteile.

Alfred Medel.

Zur Lage in Leipzig.

Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse erjucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei den dortigen Ortsverbänden zu erkundigen. Auf diesen Satz an der Spitze unserer Zeitung sei hier besonders hingewiesen, da wir uns gewarungen sehen, aus dieser Bestimmung mit aller Schärfe die Konsequenzen zu ziehen. Wer sich also vor Schaden bewahren will, der beachte diesen Satz.

Die Leipziger Keilartefaktfabrikanten wollen nämlich die Kollegen, die wegen angeblicher Verleumdung „Arbeitswilliger“ bestraft worden sind, ausnahmgern, um so für die Zukunft das Eintreten für die Interessen der Allgemeinheit unmöglich zu machen. Der Plan dieser Herren soll jedoch an einem scheitern, nämlich an dem Solidaritätsgefühl der Kollegenchaft.

Die Firma Moriz Wädler, bei der der betreffenden Kollegen arbeiten, hielt es für ihre ganz besondere Aufgabe, die Arbeitswilligen zu schützen. Es handelte sich um die „neuren“ Arbeitswilligen der Firma K. A. Winterstein. Diese Elemente wollten von unseren Kollegen, denen sie begegnet sind, beleidigt sein. Dies war in den Augen der Herren Wädler ein Kapitalverbrechen, das geahndet werden

mußte. Denn solidarisch handeln ist etwas derart Verächtliches, das grundsätzlich unterdrückt werden muß, dazu sind aber Stockschläge auf den Rücken, z. z. z. n. o. h., nachdem das Urteil des Gerichts vollzogen ist, das beste Mittel.

Die Herren Wädler, die so energisch für die werten Arbeitswilligen eine Fange drachen, indem sie diesen die Tore der Fabrik öffnen und es so möglich machten, daß unsere Kollegen „ermittelt“ wurden, worunter auch verschiedene, die gar nicht beteiligt waren, auf die Anklagebank kamen, hatten freilich das Wohlwollen, Leuten Liebesdienste zu erweisen, die sie im gewöhnlichen Leben nicht eines Blickes würdigen würden.

Einer der „Arbeitswilligen“ hatte 6 Tage Zuchthaus wegen Mord hinter sich und ein anderer soll auch etwas am dem Kerkerholz haben. Solchen Leuten öffneten sich die Tore der Morierfabrik Moriz Wädler, um Arbeiter zu stellen zu können, die lange Jahre dieser Firma den Wert wert erarbeitet haben. Wir danken!

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir uns der Regierungsmethode Preußens aus dem Beginn des vorigen Jahrhunderts. Damals behand der Demunziationszusage, wer sich dazu nicht herbeiließ, wurde genau so bestraft wie der Attentäter selber. Dies Gesetz gilt doch im heutigen Preußen-Deutschland nicht mehr und so lag für die Firma Wädler keine Veranlassung vor, den Arbeitswilligen der Firma Winterstein den Zutritt in die Fabrik zu gestatten. (Man. d. Med.) Und wenn schon dieses Gesetz noch bestände, in Preußen nämlich, so lieg unseres Wissens, bis heute wenigstens noch, Leipzig doch in Sachsen. Warum wehrt nicht sich die Firma Wädler in die reinen Privatangelegenheiten der bei ihr beschäftigten Arbeiter. Wir kehren uns doch auch nicht daran, daß die Firma in der Unternehmerversicherung organisiert ist, auch nicht daran, daß es ihr Ziel war zu verhindern, daß mit der Arbeiterorganisation verhandelt werde, was sie erfreulicherweise nicht verhindern konnte. Energetisch aber protestieren wir dagegen, daß solche Elemente als unsere „Kollegen“ bezeichnet werden. Für solche Leute ist in den Reihen ehrlicher Arbeiter kein Platz. Ob auf solche Menschen die Bezeichnung „ehrliche Arbeiter“ zutrifft, das müssen wir selbst am besten beurteilen können. Wir sind eben anderer Ansicht als die Chefs der Firma Wädler. Doch mit der Entlassung der nach unserem Empfinden unerschuldig verurteilten Kollegen lehnte bei der Firma Wädler die Mude noch nicht ein. Diese Arbeiter, die es wagten, andere auf das Verächtliche ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen, mußten mindestens dreifach bestraft werden. So soll denn von diesen Kollegen keiner in Leipzig weiterhin sein Prot verdienen können. An letzterer Harmonie haben sich die Leipziger Fabrikanten zusammengefunden, sie, die bisher so auf die Firma Wädler schimpften, gehen mit dieser durch dick und dünn, wenn es gilt gegen die Arbeiterchaft zu operieren. Daß wir derartige Maßnahmen der Leipziger Fabrikanten ohne weiteres hinnehmen werden, ist doch ausgeschlossen. Daß die Leipziger Sattler und Portefeulter zusammenhalten, sollten die Herren in den 11 Wochen vorigen Jahres doch empfunden haben. Denn was man diesen Kollegen zufügt, das tut man jedem einzelnen von uns an. Unser Prinzip ist einer für alle und alle für einen. Darum Kollegen, hoch die Solidarität!

Die folgende Resolution wurde in einer überfüllten öffentlichen Versammlung einstimmig angenommen.

„Die am 7. März tagende öffentliche Sattler- und Portefeulterversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem Verhalten der Leipziger Keilartefaktfabrikanten gegenüber der Organisation der Sattler und Portefeulter. Die brutale Maßregelung einiger Sattler, die das Unheil hatten, in einen Prozeß wegen angeblicher Verleumdung Arbeitswilliger verwickelt zu werden, kann die Versammlung nur als strapazenlose Unternehmerversicherung bezeichnen. Nicht genug damit, daß man diese Sattler momentan arbeitslos machte, geht sogar das Bestreben der Firma Wädler und anderer Arbeitgeber, die der früher so verhassten Firma treue Gefolgschaft leisten, dahin, daß diese Sattler in Leipzig überhaupt nicht wieder eingestellt werden. Trotdem Arbeitskräfte gebraucht werden und die betreffenden Arbeiter sehr gut eingerichtet und brauchbar sind, wird von ihrer Einstellung unter nichtsagenden Gründen oder mit brutaler Offenheit Abstand genommen. Die von den Arbeitgebern so oft betonte „Friedensliebe“ wird durch derartige Maßnahmen ins richtige Licht gestellt. Die Versammlung gibt der Ortsverwaltung den Auftrag, die ihr geeignet erscheinenden Schritte zu tun. Sie gibt zu erkennen, daß ihre Vertrauensmänner jederzeit bereit sind, über Differenzen mit den Arbeitgebern zu verhandeln, daß sie aber in den geschützten Maßnahmen eine Rücksichtslosigkeit erblickt, der mit der schärfsten Abwehr begegnet werden muß.“

Die Ortsverwaltung.



**Erklärung!**

In Nr. 10 dieser Zeitung wird ein Bericht von einer Sitzung der Berliner Schlichtungskommission wiedergegeben, in welchem eine Aeußerung unseres Chefs, Herrn Ade, uns nötig, diese etwas richtig zu stellen. Herr Ade hatte die Vertretung der Firma Neumann übernommen und gab in der fraglichen Angelegenheit laut Bericht als seine Ansicht aus, daß Kasselei der übrigen Näharbeit gleich zu achten sei. Auch seine Firma lasse diese Arbeit außer dem Hause verrichten. Wir stellen demgegenüber fest, daß das nicht den Tatsachen entspricht. Nach Rücksprache mit der Firma speziell hierüber ist bisher noch keine irgendwie geartete Arbeit an der Kasselei außer dem Hause angefertigt worden, und solange nicht räumliche, noch sonstige zwingende Gründe des Arbeitsprozesses mitsprechen, wird dies auch nicht der Fall sein. Wir glauben, dies der Kollegenschaft von Berlin mitteilen zu müssen, um, wenn auch die Angelegenheit Neumann noch nicht erledigt ist, jeglicher irrtümlichen Schlussfolgerung über das Tarifgebaren der Firma Franz Lütges u. Co., zu welchem auch wir mitzuspochen haben, die Spitze abzubrechen.

Mit kollegialischem Gruß

Die Werstattkommission der Firma F. Lütges u. Co.

Anmerkung der Redaktion. Die obige Erklärung der Werstattkommission steht in einem unuerklärlichen Gegensatz zu den Behauptungen des Firmeninhabers, Herrn Ade, vor der Schlichtungskommission. Der Verfasser des fraglichen Berichts in Nr. 10 unseres Blattes betont jedoch nochmals ausdrücklich, daß Herr Ade sich so geäußert hat, wie im Bericht wiedergegeben wurde und ein Irrtum vollständig ausgeschlossen sei.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

**Enthim.** Nachdem es bereits am Mittwoch, den 8. März, in einem Betriebe in Bergen zur teilweisen Arbeitsniederlegung wegen Reduzierung der Akkordlöhne kam, ist es jetzt in dem Zwischenmeisterbetrieb von Nean Specht zu regelrechtem Ausstand, dem ersten, solange unsere Organisation in Feschenheim Fuß gefaßt hat, gekommen. In Bergen hatten wir das erfreuliche Bild, daß neben 3 organisierten Kollegen auch 2 unorganisierte die Arbeit ruhen ließen. Das Resultat nach einem Tag Arbeitsruhe war: 60 Pf. Erhöhung des Akkordpreises, was pro Kopf und Woche ungefähr 4,20 Mk. ausmacht. Dazu zwei Neuaufnahmen in unseren Verband. Wir sehen also, was Einigkeit und Solidarität vermögen und wünschen nur, die gesamte Arbeiterchaft nehme sich hieran ein Beispiel. Allerdings muß man unbedingt verlangen, daß solche Arbeitsniederlegungen unterbleiben, solange der Organisationsleistung nicht Mitteilung gemacht wurde. Es liegt dies im Interesse der Kollegen selbst und muß prinzipiell aus Gründen einer guten Disziplin verlangt werden! — In dem Feschenheimer Betriebe erhielt der Vertrauensmann, als er im Auftrage seiner Mitarbeiter die Kündigung eines Unorganisierten verlangte, seine eigene Kündigung. Die Kollegen betrachteten dies mit Recht als eine Maßregelung, erklärten sich mit dem Vertrauensmann solidarisch und legten, als Verhandlungen, die unser Vorsitzender Kollege Schulz anbahnte, erfolglos blieben, einmütig am Montag, den 18. März, die Arbeit nieder. In Betracht kommen 7 Kollegen. Tätig sind noch zwei Lehrlinge und 3 Mädchen, die indessen die Geschichte nicht relten können. Die Kollegen verlangen die Zurücknahme der Kündigung, sonst nichts; sie können dieses um so mehr verlangen, als Herr Specht mit dem Vertrauensmann, der nahezu 3 Jahre dort arbeitet, bis jetzt sehr zufrieden war. Außerdem war so Herr Specht bis zum 18. März Mitglied unseres Verbandes, und es dürfte ihm bekannt sein, daß jedes unserer Mitglieder für den Verband zu wirken hat. Statt dessen wirft er als Mitglied den Vertrauensmann auf die Straße. Das konnten die Kollegen sich nicht bieten lassen und sehen sie im Gefühls ihres Rechts den Dingen in aller Ruhe entgegen.

**Stuttgart.** Am 13. März fand direkt nach Geschäfts-schluss für alle in der Portefeuller- und Reißerartikelindustrie beschäftigten Kollegen und Kolleginnen eine außerordentliche Versammlung statt, welche von mehr als 250 Personen besucht war. Zum 1. Punkte der Tagesordnung: „Soll der am 3. Juni d. J. abzulaufende Tarifvertrag für das Portefeuller- und Reißerartikelgewerbe Deutschlands gekündigt werden?“ referierte unser Gauleiter, Kollege Ma. Er beleuchtete in kurzen Zügen die augenblickliche Situation, hob die während der Vertragsdauer in Erscheinung getretenen Mißstände hervor, welche nur durch Revision

des Tarifvertrages beseitigt werden können. Ebenso müssen wir es als selbstverständlich betrachten, daß nur durch eine Lohnerhöhung größeren Umfangs, wie schon im Flugblatt ausgeführt, ein Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung geschaffen werden kann. — Eine Diskussion über das mit Verfall aufgenommene Referat wurde nicht beliebt. Die Worte des Referenten: „Ein jeder werde sich schon vor Eintritt in den Saal seine Meinung gebildet haben“, trafen zu. Die nun vorgenommene geheime Abstimmung ergab, daß nur 4 Stimmen bei einer Enthaltung gegen Mündigung abgegeben wurden. — Beim 2. Punkte erläuterte der Vorsitzende, Kollege Schindler, den neuen Tarifentwurf und dessen Zustandekommen sowie die Berechtigung der darin enthaltenen Forderungen. Die in der Generaldiskussion zutage geforderten Wünsche zu den einzelnen Paragraphen wurden der Schlichtungskommission als Material zu den Verhandlungen überwiehen. In bezug auf die vorgebrachten Beschwerden über „Aussehen“ sowie zum Punkt „Arbeitsnachweis“ wurden folgende Anträge einstimmig angenommen. „Die Versammelten sehen das einseitige Aussehen einzelner Herren Fabrikanten, wie es sich bei diesen alljährlich als selbstverständlich eingebürgert hat, nicht als eine mit dem Vertrag in Einklang zu bringende Handlungsweise an; sie beauftragen deshalb die Schlichtungskommission, bei den Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag zu beantragen, daß das „Aussehen“ in Wegfall kommen soll, da, wo dies nicht möglich sein sollte, aber dahin zu wirken, daß in solchen Fällen die Herren Fabrikanten zuvor mit ihren Arbeitern resp. Werstattauschüssen sich verständigen sollen.“ — „Verlassen Beschäftigte ihre Arbeitsstelle wegen Vertrags- oder sonstiger Differenzen, so haben sie davon den Vorsitzenden der Filiale bzw. Obmann der Schlichtungskommission Mitteilung zu machen. Bevor Arbeitssuchende Arbeit annehmen, sind sie verpflichtet, sich bei dem Vorsitzenden oder Kassierer zu orientieren, ob dieser Annahme keine Schwierigkeiten im Wege stehen.“

Als Erjay in die Schlichtungskommission für den wegen Krankheit ausgeschiedenen Kollegen Richter wurde Kollege Kämpf einstimmig gewählt. — Die Versammlung, die trotz des überfüllten Saales die größte Ruhe bewahrte, zeigte, daß ein einheitlicher Wille und ein guter Geist für die Tarifbewegung vorhanden war; eine solche imposante und überfüllte Versammlung hatte die Stuttgarter Filiale bis jetzt noch nicht aufzuweisen. Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, die Kollegen mögen auch fernerhin kaltes Blut und Disziplin bewahren, damit unsere Bewegung mit Erfolg beendet werden könne, schloß die imposante Versammlung um 10 1/2 Uhr.

**Aus unserem Beruf.**

**Vom Sattlereisend in Hinterpostern.** In Rommern herrschen noch seit überall ganz erbärmliche Verhältnisse. So z. B. auch in Stargard. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, schlechte Kost, schwere Arbeit das sind die Dinge, worüber die Kollegen zu klagen haben. Ein Familienvater mit 4 Kindern erhält hier z. B. 20 Mk. die Woche bei 66 stündiger Arbeitszeit. Derselbe muß einer Werkstatt von 6 Gesellen und 2 Lehrlingen als Werfführer vorstehen. Unverheiratete erhalten in denselben Betrieben 5-6 Mk. die Woche bei Logis und Kost. Letztere läßt zu wünschen übrig. Zum Frühstück bildet eine blaue „Schmalzstulle“ die Regel. Wenn nun die Gesellen über Land auf die Güter arbeiten gehen, wird den verheirateten von dem „hohen Lohn“ noch 50 Pf. pro Tag für Kost abgezogen, weil es ja auf dem Gute Essen gibt. Daß die Familie zu Hause trotz der Abwesenheit des Vaters ebendasselbe braucht, scheint die Meister nicht zu wissen. Und daß die Leute durch das Heberlandlaufen selbst schon geschädigt werden, indem sie an Stiefeln und Kleidung mehr gebrauchen, als wenn sie zu Hause in der Werkstatt sitzen, ist dem Meister auch nicht bekannt! Daß, anstatt noch vom Lohne abzuziehen, für dieses Heberlandarbeiten eigentlich etwas mehr an Lohn gegeben werden müßte, wie dies in allen anständigen Geschäften und in anderen Berufen üblich ist, braucht der Meister auch nicht zu wissen; denn wo bliebe sonst der Profit? Dann dazu noch die Arbeit!! Schmutzige, alte, harte, schwere Adergeschirre reparieren und schmieren. Wer von den Kollegen kennt nicht diese Schusterei. Um solche Arbeiten zu verrichten, muß der Geselle alles Werkzeug und Material mitnehmen auf dem Rücken zur Stelle schaffen. Dann auch oft noch schlechte Kost auf dem Gute, wofür 50 Pf. abgezogen werden, gleichviel, ob der Mensch dabei existieren kann, oder ob er aus eigenen Mitteln sich noch Nahrungsmittel dazu kaufen muß, vorausgesetzt, daß überhaupt für Geld und gute Worte etwas in dem Orte zu haben ist. Nun kommt noch hinzu, daß ein Teil dieser Arbeit (das Schmieren) am Sonntag gemacht werden muß! Wuh, weiß der Gutbesitzer und der Meister von der Sonntagsruhe keine

Ahnung haben und beide nicht zu wissen brauchen, wie es anders eingerichtet werden kann. Man müßte nun denken, da die Arbeit nicht anders als am Sonntag ausgeführt werden kann, daß dafür wenigstens eine außerordentliche Bezahlung erfolge. Weit gefehlt! Diese Arbeit erfordert etwa den Vornittag, Mittagessen gibt es dann auf dem Gute nicht mehr! Die Kollegen machen dann, daß sie den oft weiten Weg nach der heimathlichen Werkstätte so früh wie möglich zurücklegen; denn bis Mittag wird nur bezahlt, und wie?? 7-25 Pf. für die Stunde Sonntagsarbeit! Davon „durien“ sich die Kollegen Mittag beisaßen und auch eventuell die Bahnfahrt bezahlten. Und das alles, weil es „immer so gewesen“ ist. So und ähnlich liegen die Dinge fast überall. Es gibt ja auch einzelne Orte, wo die Lebenshaltung weniger teuer ist als gerade in Stargard, wo aber trotzdem die Verhältnisse der Kollegen bessere sind. Wochenlöhne von 8-10, ja 12 Mk. mit Kost und Logis bei 66stündiger Arbeitszeit sind auch anzutreffen. Dort haben die organisierten Kollegen ihre Lage schon etwas verbessern können. Die Kollegen in der Provinz sollten es sich angelegen sein lassen, soweit wie möglich dafür zu sorgen, daß es bekannt wird, was für ein Eldorado Stargard i. B. ist. Ob dann noch jemand danach verlangen würde, hier in Arbeit zu treten?

Aber auch in Stargard liegen die Dinge so. Auch hier herrschen eine Großzahl ganz unbillige Zustände. Die Arbeits Gelegenheit ist nur sehr gering. Der Zutrom von arbeitssuchenden Kollegen aus der Provinz ist sehr stark. A man ein Kollege eine solche famose Stelle an und er hat etwa noch etwas daran auszufressen, so heißt es: „Ja, wir können das nicht, wie sollen wir denn auskommen“, wenn das nicht geht, — na ja, der geht und in anderer fängt wieder an, ohne Ahnung zu haben, wie die Dinge liegen. Die Kollegen sollten sich erst bei der Organisationsleistung ermuntern, ehe sie in Arbeit treten. Die Adressen sind auf der Herberge, im Volkshause, zu erfahren. Dann eüt könnte es besser werden.

**Nachtigall, ich hör' Dir laufen.** Wir hatten in der Nummer 10 unserer Zeitung in gebührender Weise davon Notiz genommen, daß die Gseltlicher Sattlerinnung eine „Meldestelle“ 1. für unsichere, 2. für langsame Zahler und 3. für Schöfaneure errichten will.

Wie nun die neueste Nummer des Verbandsorgans des Bundes deutscher Sattlerinnungen, dem wir diese Notiz entnommen hatten, mitteilt, handelt es sich hierbei lediglich um einen „Irrtum“, also um einen sogenannten lapsus penae (Schreibfehler) des Redakteurs. Die fragliche Notiz sollte vielmehr lauten: Punkt 6: Es wird beschlossen, eine Meldestelle 1. für unsichere, 2. für langsame Zahler zu errichten.“

Na, also! Wir hatten doch gleich vermutet, daß hier etwas „nicht stimmen“ konnte! Aber — wo sind denn nun eigentlich die „Schöfaneure“ geblieben? Gibt es solche unter den Zahlern nicht auch? Hoffentlich glaubt man das „Dementi“ nicht halben!

**Frankreich.** Die Lage unserer französischen Kollegen, besonders die der in der Wagenbranche arbeitenden, scheint keine sehr rosige zu sein. Die Arbeitszeit derselben beträgt, wie uns berichtet wird, im Sommer häufig 12-14 Stunden pro Tag. Auch stehen die Löhne unserer dortigen Kollegen noch weit hinter denen anderer Branchen zurück. Außerdem haben die Sattler noch sehr unter den unangünstigen Verhältnissen, welche alle modernen hygienischen Anforderungen Lohn sprechen, zu leiden. Es trifft das besonders für die Werkstätten in Moubair, Tourcoing und Lille zu. Im Winter sind daselbst die Verhältnisse noch viel miserabler. Häufig kommt es auch vor, daß den Kollegen ganz schlechtes und altes Material gegeben wird und man dennoch darauf besteht, daß möglichst gute Arbeit geleistet wird, was einfach unmöglich ist. Man sieht auch hier wieder, daß diese unwürdigen Zustände nur dort vorhanden sind, wo die Kollegen der Organisation gleichgültig und unfähig gegenüberstehen. Es ist dies nämlich in Frankreich leider noch mehr der Fall als bei uns.

**Korrespondenzen.**

**Kämmertpiel.** (E. 18. 3.) Am Sonntag, den 5. März, fand bei Nikolaus Roth VIII unsere außerordentliche Generalversammlung statt. Infolge der vorausgegangenen Hausagitation, an der auch der Kollege Wolfer aus Offenbach teilnahm, besuchten auch einige unorganisierte Kollegen die Versammlung. Kollege Schrotz eritattete Bericht von der Bezirkskonferenz. Es wurde dann der Antrag gestellt, den 55-Pf.-Beitrag obligatorisch in unserer Zahlstelle einzuführen. Da unsere Zahlstelle nur zwei Mitglieder hat, welche nur 50 Pf. Beitrag

gaben, so wurde der Antrag von den anwesenden Mitgliedern gegen eine Stimme angenommen. Kollege Weller sprach hierauf über die nächste Tarifbewegung. Die verschiedenen Vorgesetzten zeigen lebhaftes Interesse für diese Ausführungen. Ein Kollege des christlichen Verbandes in der Minima, daß beide Verbände gemeinschaftlich, wie es bei der letzten Tarifbewegung der Fall war, in die Tarifbewegung eintreten sollen. Nachdem noch die Vorteile, die unser Verband seinen Mitgliedern gewährt, gegenüber denen des christlichen Verbandes besprochen worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

**Seitenstamm.** Nach vorherigerem Berichtungsbericht durch Erbauung und Gauleitung, bei welcher wieder eine Anzahl Neuzugänge gemacht wurden, fand am Sonntag, den 12. März, nachmittags 1 Uhr, im Saale des „Weißen Hirs“ unser wichtiges Sitzungsgeschehen statt. Zur Vertretung des Landes waren auch die örtlichen Gewerkschaften eingeladen und prompt erschienen. Der Saal war gedrängt voll, als nach einigen einleitenden Mustern des Seitenstammes Mitglieder der neu gegründeten Arbeiterkammern „Vorwärts“ mit einem himmelsgewaltigen Chor die eigentliche Leiter eröffnete. Zum Schluß die Rede des Gauleiters, Kollege Wolf, der in kurzen Zügen die Bedeutung des Tages hervorhob. Mit Worten, eindrucksvollen Worten schilderte er die Gründung des Verbandes, insbesondere der Verwaltungskasse Seitenstamm, dessen Fortwähren und Zweck, sowie seine glänzende Entwicklung bis auf den heutigen Tag. Auerkennende Worte widmete er dem jetzt in Berlin weilenden Kollegen Weisbach, der als Fortwährender des alten Fortfächlerverbandes 2 Jahre in unserem Industriegebiet aktivistisch und organisatorisch gewirkt hat. Auch derjenigen gedachte der Redner, die bis zum Tode dessen unserem Verbands angehört und für seine Ausbreitung und Ziele gearbeitet haben, darunter namentlich der feierliche, leider zu früh verstorbenen Verwaltungskasse der Verwaltungskasse Seitenstamm, Peter Zuerl, zu nennen wäre. Die Rede schloß mit dem Wunsche, daß alle, die uns noch fernsehen, die Kameradschaft und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erkennen und anpacken sich für die nächsten nächsten, denn nicht nur den Vereinigungen der Vergangenheit sei dieser Tag gewidmet, sondern auch in die Zukunft sollte diese heute, besteht von dem Geiste der Arbeiterbewegung, unser Bild gerichtet sein, in die Zukunft, die uns weitere Siege und weitere Erfolge bringen soll. Der rauschende Beifall bewies, daß die Worte gegolten hatten. In hundert Reihen stiegen dann die Sänger der verschiedenen Gewerkschaften auf den Plan. Ihre Leistungen können durchweg als durchaus gelungen, ja großartig, bezeichnet werden und weites die Reiznehmer noch bis zum Abend bestimmen, wo sich dann im großen Kreise der Kollegen und Kolleginnen ein Tanzen angeschlossen. Die freudigste Stimmung, die den Akt des Abends erfüllte, bewies, daß die organisierten Fortfächler Seitenstammes nun auf eine gewerkschaftliche Arbeit zu legen verziehen, sondern auch, daß ihnen trotz der Klagen der Verarbeiteten noch nicht der Sinn für die eigenen, imbedingten Punkte erloschen gekommen ist.

**Pariser.** (S. 14.) In unserer letzten und bester Berichtung haben wir unseren Kollegen Paris aus weiter kommen lassen. Anrede der „Kameraden“, welche in letzter Zeit seitens der „Arbeiter“ hier ausgesprochen wurden, um unsere gut organisierte Kollegenstadt zu vergrößern, hatte Paris das Thema gewählt: „Rechten und Rechte stammeswärtiger Arbeiter und das Weisen kapitalistischen Wundesdrücker“. Ausgehend von der Erklärung, was ein Klassenbewußter Arbeiter darstellen und verlangen soll, ging der Redner näher ein auf die Pflichten der Kollegen gegen ihre Berufsorganisation, auf die Pflicht, als Familienvater und Ernährer für die Vergütung wirtschaftlicher Vorteile zu kämpfen. Redner klarierte kurz die Entwicklung der freien Gewerkschaften, kam dann auf die damalige „Arbeiterbewegung“, die durch die verschiedenen Gewerkschaften, zu sprechen und illustrierte die mit einem Schlußsatz abgefaßten behafteten Gewerkschaften in ihrer Gegenwart. Als zweiter Zerplünderungsbericht traten 30 Jahre später die sogenannten „Überlebenden“ der Gewerkschaften auf den Plan. Diese Durchgangsstation zum Klassenbewußten Arbeiter sei durchaus nicht zu verachten, sondern doch durch diese autokratisch geleiteten Gewerkschaftsgruppen die Mittel über zu der Heberzeugung, daß letzten Endes nur in den freien gewerkschaftlichen Organisationen ihre wirtschaftlichen Interessen in würdiger Form vertreten werden. Wichtig sind dann weiter auf Wesen und Treiben der alten Gewerkschaften zu sprechen. Ihre Enttäuschung, ihre Streikbrüchigkeit und Förderung durch die Unternehmer wurde uns in längeren Ausführungen vor Augen geführt. Ihre vernünftige Tätigkeit in England, Amerika, Frankreich, der Schweiz und bei uns in Deutschland wurde besonders gefeiert. Auch hier in Pariser verstand

man unheimlich in der Waggonfabrik einen gelben „Berufverein“ zu gründen. Mit Genehmigung wurde unterzeichnet, daß dieser Verein 300 Kollege „Kameraden“, bestehend mit 300 Kollege, Monatsgehalt in dem Bereiche weiterer, nach weiteren Wahlen abgeben möchte, ohne auch nur den geringsten Erfolg erzielt zu haben. Es muß konstatiert werden, daß die Kameraden Waggonarbeiter bis auf jetzt 10 Personen organisiert sind, und daß es den dort Beschäftigten nicht im Traum einfällt, Arbeitervereiner, das heißt „Arbeiter“ zu werden. Bewunderlich erscheint es, daß auch eine kleine Waggonfabrik versucht, unter ihren besten Stimmung für die gelbe Sache zu machen. Den Sattlern wird dort das gleiche Thema der gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber „Der Bund“ seit einiger Zeit unentgeltlich geliefert. Kollege Wolf empfahl dem Vorstand, den dortigen Kollegen auf längere Zeit die „Zentral-Versammlung“ unentgeltlich zu liefern. Der Vorstand hat dem keine Aufnahme. In keinem Schlußwort forderte der Redner in kräftigen Worten die Kollegen zu weiterer Treue und Widerstand für die Organisation auf. Der kräftige Beifall und die Diskussion bewiesen, daß man sich seine Plätze neben werde und weiter arbeiten wolle zum Wohle und Gedeihen der am Orte beschäftigten Kollegen.

**Kam. d. Metallw.** In der Bericht auch von einem allgemeinen Interesse ist, haben wir ihn zum Abdruck gebracht. Wir bitten aber in Zukunft die Lesende nicht ein 1 Wochen nach der Veröffentlichung einzufügen!

**Hörsel.** (S. 20.) In unserer am 13. dieses Monats stattgefundenen Mitgliederversammlung gab der Bevollmächtigte zunächst den Bericht von der Bezirkskonferenz. Er betonte, daß das Vermögen der Bezirkskasse bereits auf 11000 Mk. angewachsen ist. Auf dieses Geld hätten jedoch andere Kollegen keinen Anspruch, da wir nicht der Bezirkskasse angehören. Es sei ferner eine Resolution angenommen worden, wonach der 55 Pf.-Beitrag für den Industriebezirk Offenbach, Frankfurt und Umgebung obligatorisch eingeführt werden soll. Der Gauleiter, Kollege Wolf, ergänzte nach dem Bericht, wenn er für den 55 Pf.-Beitrag plädierte, und führte den entscheidenden Maßstab der Vorteile desselben vor Augen. Er sprach wurde, da auch die nachfolgenden Redner dem 55 Pf.-Beitrag unparteiisch gegenüberstehen, der Antrag einstimmig angenommen. Hierauf empfahl der Vorsitzende den Kollegen den Antrag der Verwaltung, der Bezirkskasse beizutreten, da wir nur die einzige praktische im Bezirk wären, die eine Ausnahme macht. Bei der darauffolgenden Abstimmung wird einstimmig beschlossen, der Bezirkskasse beizutreten. Nachdem noch der Vorsitzende die Kollegen aufgefördert, die Versammlung am 19. März in Offenbach recht zahlreich zu besuchen, wurde die importante Versammlung geschlossen.

**Königsberg.** (S. 20.) In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte der Kollege Tietz über „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Redner schilderte an der Hand eines reichen Zusammenfassens den Entwicklungsstand der deutschen Gewerkschaften. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Zum 2. Punkt „Beschäftigten“ wurden noch einige interne Verbandsangelegenheiten erörtert und darauf erfolgte in vorgerückter Stunde der Schluß der hochinteressanten und gut besuchten Versammlung.

**Soziales.**

**Staatsmittel für Sozialerformen.** Eine durch das französische Ministerium des Innern kürzlich veranfaßte Enquete über die von einzelnen Ländern aus Staatsmitteln alljährlich für rein soziale Zwecke aufgewendeten Summen ergab folgendes, für Deutschland, das von allen diesen Ländern die weitest ausgeführte Einwohnerzahl hat, nicht gerade glänzende Resultat:

England	300 000 000	Arts
Frankreich	120 000 000	
Deutschland	80 900 368	
Belgien	28 000 000	
Italien	21 000 000	
Oesterreich	14 570 178	
Dänemark	9 835 420	
Schweden	6 068 075	
Spanien	3 605 461	
Norwegen	3 420 808	
Portugal	2 800 000	
Niederlande	1 370 301	

Zumal im Vergleich zu den für den Militarismus aufgewendeten Milliarden geschieht demnach auf sozialem Gebiete noch recht wenig, und das auch nur in den Ländern mit guter Entwicklung der Arbeiterbewegung.

Eine durchaus zeitgemäße Stellung zu den Tarifverträgen nahm der Gemeinderat in Stuttgart ein, der bei der Neuregelung der Vergütung

von Vermittelelieferungen für die Stuttgarter Volksschulen folgende Bestimmung in die Lieferungsbedingungen eintrug:

„Der Gemeinderat behält sich vor, bei der Lieferungsvergebung solche Quaderlieferanten, welche die zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern im Aufwinderwerb für Stuttgart bestehenden Tarifverträge nicht einhalten, vorweg auszuschließen.“

Außer dieser Bestimmung bezieht sich der Stuttgarter Gemeinderat das Recht vor, auch diejenigen Firmen von der Lieferung auszuschließen, die Schmutz- und Schundliteratur verbreiten.

Dies sind zwei Beschlüsse, die weiterer Beachtung wert sind.

**Rundschau.**

**Aus den Parlamenten.** Am Deutschen Reichstage brachte die Debatte beim Eintritte des Innern nichts wesentlich Neues mehr. Was die von verschiedenen Seiten verlangte geistesverheißende Initiative zur Durchföhrung der gewerkschaftlichen Tarifgemeinschaften anbetrifft, so hat Herr Teichmüller grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden; tatsächlich aber will er nicht an diese Frage herantreten, weil seiner Ansicht nach eine Vorbedingung für gezielte Regelung der Tarifgemeinschaften die Rechtsfähigkeit der Berufsbereine ist, damit die vertraglich festgelegte Organisation für finanzielle Schäden infolge der Nichtumsetzung der Tarife haftbar gemacht werden könne. Mit anderen Worten: Es würde diese Regelung der Sache die Gewerkschaften den beabsichtigten finanziellen Schädigungen aussetzen. Für sich eine Lösung der Frage werden die Arbeiterorganisationen sich aber schämen bedanken. Herr Delbrück sprach bei dieser Gelegenheit ein hohes Lob vom „selbstlosen“ Staat, rühmte die preussische deutsche Arbeiterfürsorge „bis in die Kuppen“ und wies sich dafür hinterher von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Kopf den Nachweis führen lassen, daß der Herr Minister bezug der Staat doch nicht alle „Stände“ mit gleicher Liebe umarme. Zum mündlichen nicht über sein, daß die „Liebe“, die der Minister uns gegenüber bezeugt, etwa gleich in derjenigen Richtung, die der Volk zum Schutze hat. Er hat es bestimmt „zum Treffe nicht“. Auch mußte die Reichsregierung mit zur gleichen Zeit im Reichstage wegen der vollkommene ungeschicklichen Transaktionen der parlamentarischen Jugendbewegung wie die preussische Regierung im Landtage Spitzreden laufen. Aber hier kämpfte die Reaktion um ihre Zukunft, um ihre Erben, dabei ist es wohl sehr verständlich, daß wir uns am Anfang der sozialistischen Jugendbewegung haben. Auf jeden Fall kann man auf diesem Gebiete noch viel „Arbeiten“ und Heberauffragungen erleben. Denn bei der so geradezu sprichwörtlich bekannt gewordenen politischen „Intelligenz“ unserer herrschenden Verwaltungs- und Polizeibureaucratie müßte es ja nachherade mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht in Walde die denkbar größten Gefahren erleben würden. Also hoffen wir das Beste! — Es bleibt uns vor der Hand nichts anderes übrig! — Doch den durch und durch politischen evangelischen, katholischen und anderen „Jünglings“ Vereinen ihrer Politik wegen nichts geschieht und gefahren wird, verzieht sich am Hände. Aber deren „Politik“ ist auch danach! —

Zu einer für die „Arbeitervertreter“, die von Zentralkomitee dort sitzen, charakteristischen Redeleitung kam es noch bei der Frage der gezielten Regelung der Arbeitsnachweise und der Tarifverträge. Herr Giesberts hatte die ehrenvolle Aufgabe erhalten, die allgemeine politische Tätigkeit und die sozialpolitischen Leistungen des Zentrums gegenüber den sozialdemokratischen Angriffen zu verteidigen und zu verbessern. Es gelang das Unmöglichste diesem München-Waldbacher Schüler so außerordentlich gut, daß wir wohl nicht zögern, wenn wir annehmen, daß diese „Ritterrede“ in nächster Zeit wohl in den Spalten der „Arbeiter“ Presse und den Sprachwerkzeugen der „Arbeiter“ Agitatoren das Repertoire beherrschen wird. Dr. Sigl hatte recht, als er sagte: „Sie fügen mir die Feuert und schwindeln aus Prinzip!“ Denn wenn Herr Giesberts sich eine dezente „Rede“ im Reichstage leistete, so doch genügend Genie und die dialektischen Verhältnisse genau kennen und dem Gewerkschaftsfeind sofort entgegenzutreten können, so braucht man sich über die kleineren „Arbeiter“ draußen im Lande nicht mehr zu wundern. Denn deren Nachahmungstrieb ist so stark entwickelt, daß sie gar nicht anders können!

Zu einem wichtigen Vorhine, der den zwei halben parlamentarischen Rüstungsmaßnahmen einzuordnen, kam die sozialdemokratische Partei, veranlaßt durch Beschlüsse des englischen und französischen Parlements, die sich bereits in üblicher Weise gegen den immer heftigeren Verhänger des Molochs Militarismus wandten. Die sozialdemokratische Partei reichte beim Reichstage folgenden Abrüstungsantrag ein:



Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichszentraler zu eruchen, er möge im Hinblick darauf, daß die französische Zepitientenkammer und das englische Unterhaus die Vereinfachungen zu Minderungsbeschränkungen angesetzt haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Vereinbarung über die allgemeine Einschränkung der Minderungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebücherechts herbeizuführen.

Es ist allerdings gar nicht daran zu denken, daß die bürgerlichen, namentlich aber die sich auf ihr „Christentum“ viel zugute meinden Parteien, die Konserverativen und das Zentrum, diesem Antrage zu nimmern werden.

Die Ehre der deutschen Schiffahrt magte gegenüber den alljährlich wiederkehrenden Angriffen von sozialdemokratischer Seite der Herr v. Jankquiere als Regierungskommissar verteidigen. Es ist nämlich ein offenkundiger Skandal, daß Schiffe in einem Zustande mit Fracht und Menschen in See gehen, der jeder Beschreibung spottet. Zerschiffte, schwimmende Särge, so und ähnlich nennt man diese Art „Schiffe“, die bei der geringsten Kleinigkeit das zeitliche segnen und mit Mann und Maus dem Meere zum Opfer fallen. Für die Meeder und Schiffsgesellschaften bedeutet aber sehr oft der Untergang eines solchen Unglücksfallens keinen Verlust, sondern einen Gewinn. Denn die Versicherungssumme deckt ja den Schaden. Sprichwörtlich bekannt geworden ist die „berühmte“ Treppe eines Meeders aus Eisleben, in der es hieß: „Die Kommissar ist leider gerettet!“ Das „leider“ wird verständlich, wenn man bedenkt, daß diese „Geretteten“ bei dem Prozeß um die Auszahlung der Versicherungssumme vor Gericht als Zeugen über die Beschaffenheit des Schiffes auszusagen müssen! -- Herr v. Jankquiere tat, wie gesagt, alles ab mit der Bemerkung: „Es wird immer Schiffsunfälle geben!“ Wir fügen hinzu: und solche Regierungskommissare auch!

Die „Christliche“ Lederarbeiterzeitung kann es noch immer nicht bewenden, daß wir sie auf die Finger, oder richtiger auf den Wahrheitsmund klopfen, als sie uns eines Arrums wegen anpöbelte. Sie stellt sich jetzt daher ganz entrüstet und sagt: „Na, ihr seid doch aber ja mit nicht „fo“?“ Das Blatt behauptet, daß es uns die gleichen Vorwürfe machen könnte, beim auch wir hätten da manches auf dem Kerbholz. Was sein! Wir glauben so wenig an die Nichtbrotet des Papies wie an unsere eigene! Aber liebe Frankfurtier, die „Beispiele“, die du anführt, hinken, und zwar auf beiden Seiten! Erstens stellen wir fest, daß wir noch nie einen Herrn Schwindel nannten. Zweitens ist es doch allgemein üblich, getroffene Abmachungen zu respektieren, was auch für die Wahlen zur Krankenkasse der Schneider in Breslau Geltung haben muß. Drittens waren in München-Gladbach derartige Abmachungen nicht getroffen, deshalb ist der dortige Vorgang mit dem Breslauer „Siege“ der Christlichen gar nicht zu vergleichen. Außerdem ist Breslau durchaus noch keine sozialdemokratische Hochburg, und es aber wohl um so sicherer werden, je mehr die „Christlichen“ dort in Aktion treten.

Von Kreuznach hatten wir berichtet, daß wir die Hälfte der Eise zum Gewerbegericht errangen, die früher von „Christlichen“ befest waren. Wir sind auch heute noch nicht in der Lage, anders darüber berichten zu können. Ob hier nun „Christliche“ Gewerkschaftler oder Nachahler in Frage kommen, können wir von hier aus nicht unterscheiden, inwiefern diese beiden „Gruppen“ sich ähneln wie ein Ei dem anderen. Es waren eben „Christliche“, die in Kreuznach unterlagen; das allein hatten wir behauptet und halten es auch aufrecht.

Zum Schluß stellen wir noch fest, daß wir uns über die „Christliche“ Lederarbeiterzeitung noch nie „entrüstet“, wohl aber schon recht oft amüsiert haben! --

Der Teufel spürt das Böskchen nie, und wenn er sie beim Stragen hätte.

**Schaffung der Zentralvorstände.**

Den Kassierern der Verwaltungsstellen sind die Formulare zur Abrechnung für das 1. Quartal 1911 nebst den Berichtskarten für die Arbeitsloenzählung bereits zugegangen. Sofern eine Verwaltungsstelle nicht in den Besitz des Materials gelangt sein sollte, erluchen wir, uns sofort davon Mitteilung zu machen.

Die Berichtskarten für die Arbeitsloenzählung sind bis spätestens 8. April, die Abrechnung bis spätestens 15. April an uns einzulenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstellen Bürger, Hausen und Dämmertpiel beträgt der wöchentliche Beitrag in diesen Städten von nun an 55 Pf. und für Kiel 60 Pf.

Auf Antrag der Ortsverwaltung Nürnberg wurde das Mitglied Friedrich Thomien V.-Nr. 7736, wegen Verstoß gegen die Verbundinteressen aus der Organisation ausgeschlossen.

Am Sonnabend, den 1. April, ist in allen Verwaltungsstellen die Zahl der Zugehörigen und der am Orte anhängigen Arbeitslosen festzustellen.

Den Verwaltungsstellen sind dieser Tage das Material für die Abrechnung des ersten Quartals zu Gelder und Abrechnungen für das 1. Quartal und bis zum 15. April einzulenden.

Die Karte für die Anstellung der Arbeitslosen sind spätestens bis zum 8. April eingeleitet werden.

Mit dieser Nummer der Zeitung sind den Ortsverwaltungen eine Anzahl **statistischer Fragebogen** zu. Diese Fragebogen sind an alle im Beruf tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen abzugeben und bis spätestens 15. April wieder einzulenden. Erforderlichenfalls können noch Fragebogen nachgeleitet werden. Die Kartes dürfen von den Ortsverwaltungen nicht geöffnet werden und sind nach erfolgter Einantwortung an den Zentralvorstand einzulenden.

Gleichzeitig gehen den Verwaltungsstellen eine Anzahl **Rechnenschaftsberichte** zu. Nachsendungen finden nicht statt.

In Werdau i. S. wurde eine Verwaltungsstelle gegründet. Reisenunterstützung wird dort nicht ausbezahlt.

Der Vorstand.

**Briefkasten der Redaktion.**

Freiberg i. Sa. Dieser Aufruf hätte nach unserer Ansicht nicht den geringsten Zweck, wir leben daher von einer Veröffentlichung derselben ab.

Emil P. in Dresden. Nur die Zeitung sind uns Beiträge jeder Art aus den Reihen unserer Mitglieder stets willkommen. Wenn wirklich mal etwas nicht druckfähig ist, so ist das nicht so schlimm, unser Papierkorb schluckt ohne Wahl alles, was ihm zugeführt wird. Die kleine Historie wird in nächster Zeit verwendet werden.

**Bücherschau.**

Der gelehrte Arbeiterklub für Jugendliche. Von Rob. Schmidt. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 40 Pf. Der wirtschaftliche Schatz der arbeitenden Jugend nimmt im Programm unserer Jugendbewegung unter den Aufgaben, die unserer Jugend auszuwählen heißt, eine der ersten Stellen ein. Gerade dieses Tatsachenstück unserer Auszubildeten ist besonders schmerzhaft zu beklagen und stellt durch die händige Arbeit, die erfordert wird, an die in der Jugendbewegung tätigen Genossen besonders große Ansprüche. Unseren Jugendauszubildeten diese schmerzliche aber dankenswerte Aufgabe zu erleichtern, ist die Schrift des Genossen Robert Schmidt dienen. Sie stellt die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, die für den Jugendklub in Betracht kommen, übersichtlich zusammen und erwartet so den auf diesen Gebiete tätigen Genossen das oft mühevoll nachschlagen in den für den Jugendklub in Betracht kommenden Gesetzen und Verordnungen. Ein eingehendes Sachregister erleichtert den Gebrauch des Buchs. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Expeditionen.

**Adressenänderungen.**

Bremen. B. Franz Müller, Kopienstr. 17, bei Peckel.

Wald (Meinl.). Vertrauensmann H. Putsch, Stühenerstr. 6a.

Kumpenheim. B. Ferd. Grunert, Offenbacher Straße 25.

**Sterbetafel.**

Leipzig. Friedrich Meinehr, im Alter von 27 Jahren freiwillig aus dem Leben geschieden. Ehre seinem Andenken!

**Verfammlungskalender.**

- Baunzen. Sonnabend, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Zittau“.
- Breslau. Sonnabend, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Grünen Vercel“, Vortrag des Kollegen Putsch.
- Wannheim. Samstag, den 1. April, Mitgliederversammlung.
- Mühlhausen i. Thür. Sonnabend, den 1. April, im „Kaiser Wilhelm“.
- Hemsheid. Samstag, den 1. April, im „Volks-haus“, Bismarckstraße.
- Strasbourg i. G. Sonnabend, den 1. April, abends 9 Uhr, „Zum Falken“, Schiffleutnanten.



**Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuilier u. Berufsgenossen Deutschlands, G. H. 64 in Berlin.**

**Quartalsversammlungen.**  
Essen a. Ruhr. Sonntag, den 2. April, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schmiring, Koppenstraße.

**Hannover.**  
Wegen Erkrankung des Kassierers Kollegen Dreisch wurde bis auf weiteres der Kollege  
**Hans Hedelka, Bohnenstraße 2, 1**  
mit dessen Vertretung beauftragt.  
Die Ortsverwaltung.

**Tüchtige Sattler**  
auf Musterkoffer und Meißerartikel suchen  
**Gebrüder Jörgen, Kofferfabrik,**  
Blauen i. Vogtl.

**Gesucht tüchtige Koffermacher**  
auf Bügel- und Musterkoffer bei dauernder Stellung.  
G. Vogt,  
Koffer- und Lederverwarenfabrik,  
Hamburg, Grimm 2/3.

**Werkzeuge, Beschläge, Riemen u. Stifte.**  
Spezialität von G. Neubauer, Offenbach a. M.  
Lieferung sofort ab Lager.

**Tüchtige Sattler**

für die Militärfelleufabrikation gesucht.  
**Franz Herrmann, Lederfabrik,**  
Erfurt.

**Faltenbrechmaschinen,**  
Größe 14 x 22 cm, liefert  
**Alfred Krumbacher, Maschinenfabrik, Berlin,**  
Köpenickerstraße 155/156. Amt IV, 7929.

**Lehrbücher für Sattler:**  
Vernachhoff, Der moderne Tapezierer... 7,50 Mk.  
Bucheler, Wie legt u. beh. man Linoleum? 2,70  
Morgenstern, Der Sattler als Zuschnittler 5,00  
Rausch, Der Wagenfabrikant... 2,00  
Reinisch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,00  
Reuter, Die Schule des Tapezierers... 7,50  
Schlüter u. Rausch, Handbuch f. Sattler 9,00  
Schlüter, Zuschnitt der Sattler-Arbeiten 7,50

Zu beziehen durch:  
**Joh. Fassbinder, Berlin SO. 16.**  
Bei Einlieferung d. Betrages erfolgt franco-Zusendung.

**Georg Wehnachts Bierhaus, Grünstr. 21.**  
K. Weib, Bayrisch-Kulmbacher Bier  
Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkskassen“.

# Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetragene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

## Abrechnung des 4. Quartals 1910.

Einnahmen		Ausgaben			
	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.
<b>An Ueberprüfungen gingen ein:</b>					
Nachn.	100	—	An Zuschüssen nach:		
Altenburg	80	—	Vielefeld	100	—
Annaberg	200	—	Brieg	200	—
Altona	150	—	Erlangen	100	—
Barmen	150	—	Erlangen	50	—
Bremen	150	—	Freiberg	100	—
Berger	200	—	Herlorn	50	—
Braunschweig	200	—	Marlsruhe	60	—
Vielefeld	100	—	Neu-Ruppin	60	—
Dresden	900	—	Vorzeim	100	—
Erfeld	200	—	Regensburg	200	—
Erlangen	100	—	<b>Für Krankenunterstützung an Mügl.</b>		
Fechenheim	600	—	1. Klasse nach § 10 Abfag 2	20	—
Fürth	200	—	3. " " § 10 " 2	558	15
Gotha	100	—	1. " " § 10 " 1	70	—
Hannover	800	—	3. " " § 10 " 1	27	—
Halle	250	—	<b>Kur- und Verpflegungskosten</b>		
Heusenstamm	200	—	im Krankenhaus	95	—
Hildesheim	50	—	ärztliche Behandlung	185	25
Hausen	250	—	Arznei	37	85
Hagen	200	—	Druckbänder	5	50
Herlorn	75	—	Drillen	3	—
Hirschheimbolanden	100	—	Heilmittel	12	—
Kevelaer	300	—	Porto des Vorsitzenden	59	92
Kandel	100	—	Porto des Kassierers	75	22
Konstanz	100	—	Schreibmaterial	17	35
Leipzig	4000	—	Verchiedenes	49	85
München	300	—	1 Gaslampe i. Sitzungszimmer	28	—
Mannheim	800	—	Zinsen und höheren Kurs bei		
Magdeburg	300	—	Kauf von Wertpapieren	373	15
Mühlheim	300	—	Verwaltung von Depositionen	84	05
Nürnberg	400	—	450000 Leittungsamt. druck.	189	65
Offenbach	400	—	600 Mitgliedsbücher binden	57	—
Obershausen	600	—	Revision der Hauptliste für		
Vorzeim	100	—	den Ausschuss	6	—
Rumpenheim	200	—	Entschädigung d. Ausschusses f.		
Rembräden	100	—	d. Zeit v. 1. 7. 10 b. 30. 6. 11	25	—
Sehma	100	—	Entschädigung der Revisoren		
Stuttgart	600	—	bei Abrech. des 3. Quart. 10	8	—
Schleiz	100	—	Gehalt des Vorsitzenden	675	—
Ulm	80	—	des Kassierers	575	—
Wiesbaden	150	—	des Schriftführers	15	—
Würgburg	200	—	der Beisitzer und des		
<b>An Zinsen der Hypotheken</b>			stellvertret. Vorsitzenden	75	—
Sparkassenbücher			Beitrag z. Unterst.-Vereinig.	18	—
von Wertpapieren			Beitrag zur Inn.-Versicherung	4	68
Strafen			Wietzins pro 4. Quartal 1910	139	38
Steuerresten			<b>Summa</b>	<b>4858</b>	<b>90</b>
<b>Eintrittsgelder einzelstehender Mit-</b>					
<b>glieder</b>					
I. Klasse					
II. " " "					
III. " " "					
Extrasteuern					
<b>Summa</b>				<b>20536</b>	<b>60</b>
<b>An Kassenbestand nach Abrechnung</b>					
des 3. Quartals 1910.					
<b>Summa</b>				<b>280641</b>	<b>36</b>

### Zusatz:

Einnahme	280 641,36 Mk.
Ausgabe	4 858,90 "
<b>Kassenbestand</b>	<b>276 282,46 Mk.</b>

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 2. März 1911.

**Die Revisoren:**  
H. Schröder, Hugo Bergmann.

**Der Kassierer:**  
F. Städter.

An Krankengeld wurde ausgezahlt:	Medizin und ärztliche Behandlung		Vorhandene Fonds	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Nachn.	149	—	13	40
Altenburg	96	50	—	—
Annaberg	90	—	9	45
Kugelsburg	63	—	16	50
Altona (Eitel)	110	50	26	79
Barmen	7090	35	649	80
Berlin	180	50	49	50
Bremen	296	—	—	—
Bonn	1632	50	2	25
Bieber	822	50	35	59
Bürgel	541	—	178	35
Berger	—	—	15	89
Braunschweig	32	50	4	45
Buchholz	50	80	78	66
Breslau	420	—	11	49
Vielefeld	187	—	17	03
Brieg	284	—	10	75
Chemnitz	14	—	—	—
Kassel	402	—	86	08
Dresden	108	50	—	—
Döllmen	277	—	22	58
Dortmund	86	—	24	30
Dörfelhof	341	25	83	88
Erfeld	462	85	3	50
Erlangen	119	80	—	—
Essen (Ruhr)	170	—	—	—
Frlingen	678	85	82	15
Kranfurt a. M.	204	—	4	98
Freiberg i. S.	230	50	48	09
Freiburg i. B.	553	—	108	93
Fechenheim	165	25	6	39
Fürth	26	—	4	—
Gera	40	50	15	—
Gotha	96	—	2	50
Grünstadt	920	—	118	50
Hannburg	979	50	127	50
Hannover	410	25	36	49
Halle	—	—	—	—
Heusenstamm	24	—	9	64
Hildesheim	180	—	—	—
Hausen	92	25	14	28
Hagen	233	15	—	—
Heilbronn	38	—	2	80
Hannau	148	—	—	—
Herlorn	70	50	—	—
Hildesheim	215	—	18	75
Höln	2	50	—	—
Hirschheimbolanden	576	50	66	15
Kevelaer	80	—	—	—
Karlsruhe	46	—	—	—
Kandel	97	—	7	50
Klein-Steinheim	38	—	—	—
Konstanz	6779	50	231	56
Leipzig	541	50	—	—
Lehr	989	50	141	75
München	88	50	82	90
Münz	210	50	11	49
Mannheim	257	55	50	88
Magdeburg	267	75	59	14
W. Labbach	253	66	2	—
Mühlheim a. M.	758	70	55	87
Nürnberg	108	—	37	80
Neu-Ruppin	49	50	—	—
Neu-Isenburg	2785	55	193	02
Offenbach	831	—	18	—
Obershausen	209	75	2	—
Vorzeim	218	—	1	50
Neustlingen	680	50	—	—
Regensburg	78	—	39	20
Rumpenheim	40	—	17	30
Rembräden	18	—	31	50
Sehma	172	—	1	95
Söllingen	1170	20	44	76
Stuttgart	123	50	23	91
Stettin	38	80	16	15
Schleiz	18	50	32	90
Schwerin	78	—	11	90
Ulm	96	—	6	20
Wiesbaden	107	—	22	—
Würgburg				
<b>Summa</b>	<b>38034</b>	<b>25</b>	<b>3093</b>	<b>68</b>

### An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:

Berlin	100	Magdeburg	100
Buchholz	110	Nürnberg	100
Brieg	60	Offenbach	280
Leipzig	70	Regensburg	90
Lehr	90	Stuttgart	260